

Bericht

des Stadtentwicklungsausschusses

über die Drucksache

**19/5973: Areal Oberhafen als „Kulturhafen“ zu einem offenen Raum für kreative Nutzungen entwickeln!
(SPD-Antrag)**

Vorsitz: **Jan Quast**

Schriftführung: **Klaus-Peter Hesse (i.V.)**

I. Vorbemerkung

Die Drs. 19/5973 war auf Antrag der CDU-Fraktion durch Beschluss der Bürgerschaft vom 22. April 2010 federführend dem Stadtentwicklungsausschuss und mitberatend dem Kultur-, Kreativwirtschafts- und Tourismusausschuss überwiesen worden. Die Stellungnahme des Kultur-, Kreativwirtschafts- und Medienausschusses ist als Anlage beigefügt. Der Stadtentwicklungsausschuss befasste sich in seiner Sitzung am 10. September 2010 abschließend mit der Drucksache.

II. Beratungsinhalt

Die SPD-Abgeordneten hoben eingangs hervor, mit ihrem Antrag hätten sie einen erfolgreichen Vorstoß unternommen, um den zentralen Bereich des Oberhafens einer kulturellen und kreativen Nutzung zuzuführen. Der Oberhafen gerate zunehmend in den Fokus von Stadtentwicklung, weil er an den verschiedenen Ufern über Entwicklungspotenziale verfüge, die in den nächsten Jahren immer stärker unter einen Verwertungsdruck fallen würden. Der Teilbereich des Areals, der im Geltungsbereich des Masterplans HafenCity läge, solle aufgrund der außerordentlichen Eignung für eine kulturelle und kreative Nutzung herausgenommen werden. Die aktuelle Debatte in der Stadt weise zu Recht darauf hin, dass Hamburg der Raum für noch nicht etablierte Kulturschaffende und kreative Milieus an zentralen und gut geeigneten Stellen für die Entfaltung eines kulturellen Lebens fehle. Vor allem die Diskussion um das Gängeviertel habe dies sehr deutlich gemacht. Das relativ große Areal Oberhafen biete die einmalige Chance, dieses Thema von Anfang an einzubeziehen – bevor stadtplanerische Ideen und immobilienwirtschaftliche Kalkulationen angestellt würden. Deshalb stellten sie mit ihrem Antrag die Forderung auf, diesen Bereich aus den üblichen Verwertungsprozessen herauszunehmen, damit er sich selbst mit einem kulturellen Hintergrund entwickeln könne. Diese Idee sei im Gutachten „Kreative Milieus und offene Räume in Hamburg“ und teilweise im Masterplan für die östliche HafenCity aufgegriffen worden. Insofern müsse ausdrücklich anerkannt werden, dass die Stadtentwicklungspolitik einen großen Schritt weitergekommen sei. Gerade der Verzicht auf die Erhöhung des Geländes und die ursprünglich vorgesehene Bebauung und Nutzung und der Erhalt der Bebauungsstruktur im jetzigen Umfang sowie die Öffnung für kulturelle und kreative Nutzung auf einem möglichst niedrighwelligen und selbstbestimmten Niveau sei ein richtiger Weg. Nichtsdestotrotz blieben diese Maßnahmen hinter

dem zurück, was sie in ihrem Antrag formuliert hätten. Der Antrag beziehe sich auf den gesamten Bereich des Oberhafens mit dem Gebiet des heutigen Großmarktes, von dem bekannt sei, dass die Fläche zukünftig nicht mehr in diesem Umfang benötigt würde. Betroffen sei auch der Bereich Brandshof. Der Antrag sei insofern weitergehend und die SPD-Abgeordneten unterstrichen, sie hielten die Herausnahme aus dem Masterplan HafenCity für den richtigen Weg. Sie begründeten dies damit, dass die HafenCity Hamburg GmbH (HCH GmbH) bisher keine Öffnung für kreative Räume ermöglicht habe und eine Gestaltung in diesem Sinn deshalb dort nicht in den richtigen Händen sei. Wenn der Prozess für kreative Nutzungen ernsthaft gewollt sei, müsse eine andere Entwicklungslogik und Verantwortlichkeit als die der HCH GmbH eingesetzt werden. Ihr Antrag sei nach wie vor erforderlich und sie würden sich über den Teil der Forderungen, über den die Fraktionen mit dem Senat einig seien, hinaus über einen einvernehmlichen Beschluss freuen.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter führten aus, sie fänden es gut, die Gemeinsamkeiten zu betonen. Sie würden sich jedoch den Hinweis erlauben, dass das öffentlich zur Diskussion gestellte Gutachten über das Potenzial von kreativen Räumen schon Anfang des Jahres das Szenario für den Oberhafen in seiner ganzen Dimension erfasst habe. Insofern sähen sie die Übereinstimmung so, dass der SPD-Antrag dieses Thema sehr schön aufgegriffen habe. Sie stimmten inhaltlich mit den SPD-Abgeordneten überein, dass eine weise Vorausschau für die Weiterentwicklung des Masterplans für die östliche HafenCity darin gelegen habe – diese habe relativ kurz vor der Veröffentlichung zu dem Antrag der SPD geführt. Die aufgezeigte Linie sei in der Tat ähnlich, denn der Bereich des Oberhafens, der im Gebiet der HafenCity läge, solle demnach eine andere Struktur als die der üblichen Verwertungsprozesse erhalten. Sie erklärten, inhaltlich bestünde mit den Ziffern 1. und 3. des Petitums aus dem SPD-Antrag sicherlich eine hohe Übereinstimmung. Dagegen gebe es aus ihrer Sicht überhaupt keinen Vorteil, wenn der Teilbereich des Oberhafenquartiers aus dem Geltungsgebiet des Masterplans HafenCity herausgenommen werde – wie dies die SPD-Abgeordneten in Ziffer 2. ihres Antrags forderten. Sie seien überzeugt, dass das Oberhafenquartier als Bestandteil des Masterplans mit einer anderen Definition für die Weiterbearbeitung den unmittelbaren Fortschritt für kreative Milieus viel besser sichern würde. Sie baten deswegen den Geschäftsführer der Hamburg Kreativ Gesellschaft mbH (HKG mbH), das weitere Verfahren mit der HCH GmbH und der HKG mbH zu skizzieren.

Der Geschäftsführer der HKG mbH bestätigte, die Abstimmung mit der HCH GmbH für die Entwicklung des Oberhafens sei sehr eng. Aktuell könnten sie zwei Schritte vorstellen. Zum einen seien insgesamt 2.000 m² unterschiedliche Flächen identifiziert worden, die sehr zügig für Zwischennutzungen zur Verfügung gestellt werden könnten. Derzeit laufe das Genehmigungsverfahren für die Umnutzung, denn für die Flächen gebe es bereits Nutzer, die darauf drängten, mit ihren Arbeiten beginnen zu können. Der zweite Schritt beinhalte die Vorbereitung eines Symposiums, das ebenfalls zusammen mit der HCH GmbH und der Kampnagel Internationale Kulturfabrik GmbH (Kampnagel) veranstaltet werde. Dort solle mit internationalen Fachleuten diskutiert werden, wie ein Kultur- und Kreativquartier im Fokus einer städtischen Entwicklung betrieben und welche Steuermechanismen dafür eingesetzt werden könnten. Der Oberhafen sei deswegen ein so spannender Ort, weil er über die Dynamik eines temporären Ortes verfüge und sich zudem räumlich in den sehr innenstadtnahen Bezügen befinde. Darüber hinaus solle den Hamburger Akteuren während des Symposiums in workshopartigen Veranstaltungen die Gelegenheit gegeben werden, Perspektiven für das Quartier zu entwickeln.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter fügten hinzu, das Areal sei durch die sehr zentrale Lage in den Fokus des Gutachtens gerückt. Außerdem biete das Gelände die Option, die Kulturmeile nach Süden hin fortzusetzen. Dafür gesprochen habe zudem, dass es dort bereits private Aktivitäten kreativwirtschaftlicher Nutzer im Bereich des Brandshofer Deichs gab. Diese Aktivitäten seien in den Analyseteil des Gutachtens einbezogen worden. Das gesamte Oberhafenareal sei ein sehr großer Raum mit sehr unterschiedlichen Entwicklungslogiken, sodass langfristig eine offenere Entwicklungsperspektive angestrebt werde. Der östliche Teil um den Brandshofer Deich werde zurzeit vorwiegend privat entwickelt. Hinzu käme das bis 2034 an die Nutzung gebunde-

ne Großmarktareal in städtischer Hand. Allerdings kämen weitere Nutzungen infrage, wenn bestimmte Teile dieses Areals nicht mehr benötigt würden. Gespräche dazu habe es bereits im letzten Jahr gegeben. Sollten sich die Nutzungsoptionen verdichten, würde die HKG mbH mit den Fachbehörden zusammen weitere Prüfungen durchführen.

Die GAL-Abgeordneten hoben hervor, der Senat habe bereits die Inhalte, die ihre Fraktion vertrete, aufgenommen. Insofern könne von deutlichen Synergien gesprochen werden und die Schaffung kreativer Milieus werde als gemeinsames Ziel verfolgt. Sie sprachen sich gegen die Herausnahme aus dem Masterplan HafenCity aus und verdeutlichten, sie teilten das Misstrauen, das die SPD-Abgeordneten gegenüber der HCH GmbH in dieser Sache hegten, nicht. Zudem sei es vorteilhaft, mit der HCH GmbH zusammenzuarbeiten, weil dadurch das Sondervermögen für mögliche Finanzbedarfe im Hintergrund zur Verfügung stünde. Eine Finanzierung auf einem anderen Weg würde angesichts der angespannten Haushaltslage deutlich schwieriger sein. Aus diesem Grund würden sie sich dem Antrag der SPD-Abgeordneten nicht anschließen.

Die SPD-Abgeordneten erwiderten, es sei gut, dass in den wesentlichen inhaltlichen Punkten so viel Einigkeit vorhanden sei, dass der Streit allein um die Urheberschaft geführt werde. Sie meinten, das Gutachten habe das Thema zwar berührt, aber ohne dass absehbar gewesen wäre, ob diese Einschätzung in operatives Handeln umgesetzt werde. Außerdem erinnerten sie daran, dass die Fraktionen von CDU und GAL als Reaktion auf ihren Antrag einen Antrag eingebracht hätten, indem sie forderten, dass stattdessen mehr Galerieräume in der Speicherstadt zur Verfügung gestellt werden sollten. Zum Oberhafen-Thema zurückkehrend nahmen sie es als sehr positiv auf, dass bereits 2.000 m² zur Verfügung gestellt würden. Das angekündigte Symposium sei ein weiterer Schritt, mit dem in einen Expertendialog eingetreten werde, um den zukünftigen Umgang mit dieser Fläche zu diskutieren. In diesem Zusammenhang interessierte sie, inwieweit die Kulturschaffenden und Akteure daran beteiligt würden und welchen Zugang die Nutzer bekämen. Sie wollten wissen, ob Entscheidungen allein über die HKG mbH in Zusammenarbeit mit der HCH GmbH getroffen würden oder ob auch selbstbestimmte und offenere Prozesse vorstellbar seien. Zur Großmarktnutzung fragten sie, wie weit die Planungen für eine mögliche Nutzung freierwerdender Flächen seien. Dazu baten sie die Senatsvertreterinnen und -vertreter auszuführen, ob die kreativwirtschaftliche Nutzung eine von vielen denkbaren Möglichkeiten sei oder ob diese Nachfolgenutzung, mit dem Ziel, die kulturelle Prägung auch am Nordufer des Oberhafens fortzusetzen, vorrangig behandelt werde. Eine weitere Frage stellten sie dahingehend, ob Teile der Bestandsgebäude im Oberhafen, die größtenteils erhalten bleiben sollten, auch abgerissen würden.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter antworteten, im Hinblick auf den Großmarkt und den bis 2034 laufenden Nutzungsvertrag könne nur ein schrittweiser Beratungsprozess stattfinden. Zur HKG mbH bemerkten sie, diese sei Ansprechpartner für individuelle Bedarfe und würde darüber hinaus versuchen, den Dialog im Rahmen des geplanten Symposiums systematisch zu organisieren.

Der Geschäftsführer der HKG mbH erläuterte, bezogen auf den momentanen Zustand würden alle Gebäude im Bereich zwischen der Bahntrasse und dem eigentlichen Oberhafengewässer erhalten. Dabei handele es sich vor allem um Lagerschuppen und relativ wenig Verwaltungsgebäude, sodass der Zustand der Gebäude entsprechend sei. Deswegen müsse überlegt werden, welche Nutzungen dort sinnvoll untergebracht werden könnten. Möglicherweise würden sich im Laufe des Prozesses Überlegungen dahingehend entwickeln, dass der eine oder andere Neubau sinnvoll sei. Mit der HCH GmbH sei vereinbart worden, frei werdende Flächen, die zumeist für eine erst 2013 endende Bahnwidmung vorgesehen seien, zur Verfügung zu stellen. Allerdings sei das Genehmigungsverfahren aufgrund der Bahnwidmung nicht besonders einfach, sodass die Unterbringung für kreative Nutzungen, die einer Lagerhallennutzung überhaupt nicht entsprechen würden, ein eher „graues Verfahren“ darstelle. Zum Symposium wiederholte er, dieses setze sich aus den geschilderten zwei Teilen zusammen. Auf eine lernende Weise solle in Erfahrung gebracht werden, wie eine Nutzung mit der Dynamik eines temporären Ortes mit positiven Effekten für die Stadt Hamburg in dieser Lage verstetigt werden könne. Für diese schwierige Aufgabe gebe

es weltweit keine Vorbilder. Kreative Orte hätten häufig eine temporäre Dynamik, aber auch eine Tendenz, sich in einer Form zu verstetigen, die den Verlust dieser Dynamik bedeute. Dafür sei ein deutschlandweiter Beirat gebildet werden, dem unter anderem Friedrich von Borries, Professor em. Dr. Dieter Läßle, Carl Hegemann sowie Ares Kalandides angehörten. Gleichzeitig würden die Hamburger Akteure eingebunden, um in einen Dialog zu treten, wie dieser Ort nach ihren Vorstellungen entwickelt werden könne. Letztendlich solle das Ziel erreicht werden, Räume für alle kreativwirtschaftlichen Akteure in Hamburg zu finden, sodass er sich – sollte der Bedarf so groß sein – auch für die Flächen auf dem Großmarktgelände einsetzen würde.

Die SPD-Abgeordneten beantragten eine ziffernweise Abstimmung.

Der Vorsitzende kam sodann zur Abstimmung. Die Ziffern 1., 2., 3. und 4. des Petitions der Drs. 19/5973 wurden mehrheitlich mit den Stimmen der CDU- und GAL-Abgeordneten gegen die Stimmen der SPD-Abgeordneten und der Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE abgelehnt.

III. Ausschussempfehlung

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt der Bürgerschaft mehrheitlich mit den Stimmen der CDU- und GAL-Abgeordneten gegen die Stimmen der SPD-Abgeordneten und der Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE, das Petition der Drs. 19/5973 abzulehnen.

Klaus-Peter Hesse, Berichterstattung

Anlage

**BÜRGERSCHAFT
DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG**

19. Wahlperiode

23.08.10

Stellungnahme

des Kultur-, Kreativwirtschafts- und Medienausschusses

an den

federführenden Stadtentwicklungsausschuss

über die Drucksache

**19/5973: Areal Oberhafen als „Kulturhafen“ zu einem offenen Raum für kreative Nutzungen entwickeln!
(SPD-Antrag)**

Vorsitz: **Norbert Hackbusch**

Schriftführung: **Brigitta Martens**

I. Vorbemerkung

Die Drs. 19/5973 war auf Antrag der CDU-Fraktion durch Beschluss der Bürgerschaft vom 22. April 2010 federführend dem Stadtentwicklungsausschuss und mitberatend dem Kultur-, Kreativwirtschafts- und Tourismusausschuss überwiesen worden. Der Ausschuss, der zwischenzeitlich in Kultur-, Kreativwirtschafts- und Medienausschuss umbenannt worden war (Drs. 19/6629), befasste sich in seiner Sitzung am 19. August 2010 abschließend mit der Drucksache.

II. Beratungsinhalt

Die SPD-Abgeordneten bezogen sich eingangs auf die Debatte in der Bürgerschaft zu diesem Antrag und erklärten, dort seien bereits die entscheidenden Argumente genannt worden. Zusätzlich sei im Zusammenhang mit der vorangegangenen Beratung der Drs. 19/3442 betr.: „Aufbau des Kreativwirtschaftsclusters Hamburg“ (Senatsmitteilung) bereits über verschiedene Änderungen für das Areal des Oberhafens gesprochen worden. Sie sagten, sie seien froh, dass diese Anregungen aufgegriffen und übernommen worden seien und sie in dieser Frage einen Erfolg erzielen konnten. Aus diesem Grund verzichteten sie darauf, die einzelnen Argumente für die Umgestaltung des Oberhafens zu einem kreativen Raum vorzutragen. Das Areal sei durch die dort vorhandenen Lagergebäude und mehrstöckigen Kopfbauten besonders für kreative Milieus geeignet, deshalb solle die Chance genutzt werden, das Quartier aus dem Planungs- und Entwicklungskontext der HafenCity herauszunehmen. Somit sei zumindest der erste Punkt ihres Antrags auf einem guten Weg und sie hofften, die anderen Punkte ebenfalls dahin bewegen zu können.

Der Vorsitzende bat die SPD-Abgeordneten zu erläutern, wie mit dem Antrag verfahren werden solle.

Dazu erklärten die SPD-Abgeordneten, sie würden auf eine Beschlussfassung des mitberatenden Kultur-, Kreativwirtschafts- und Medienausschusses verzichten und dem federführenden Stadtentwicklungsausschuss die Entscheidung über das weitere Verfahren überlassen.

Der Vorsitzende fasste zusammen, der Ausschuss werde den Stadtentwicklungsausschuss ohne Abstimmung über das Petikum des Antrags aus der Drs. 19/5973 in einer Stellungnahme informieren und um Kenntnisnahme bitten.

Die CDU-Abgeordneten bemerkten, dass die SPD-Abgeordneten den Erfolg des Antrags für sich in Anspruch nähmen, sei vor allem aufgrund der Beteiligung der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) nicht zutreffend. Die BSU habe das Gutachten „Kreative Milieus und offene Räume in Hamburg“ beauftragt und somit diese Perspektiven für den kreativen Bereich in Hamburg entwickelt. Die CDU-Abgeordneten bestätigten, da die planerischen Ideen derzeit inhaltlich auch von den Abgeordneten der Bürgerschaft begleitet würden, sei eine Beschlussfassung zum jetzigen Zeitpunkt tatsächlich noch nicht möglich. Zu diesem Thema sei der Stadtentwicklungsausschuss gefragt. Die Entwicklung im Oberhafen bezeichneten sie als wichtig und interessant, wobei im Stadtentwicklungsausschuss geklärt werden müsse, in welchen Zeiträumen diese Planungen verwirklicht werden könnten.

Die GAL-Abgeordneten gaben an, sie würden sich in diesem Punkt durch den Senat sehr gut vertreten fühlen. Deswegen würden sie den SPD-Antrag nicht als notwendig ansehen, um den Senat in diesem Vorhaben, das kulturpolitisch auf dem richtigen Weg sei, noch weiter zu bestärken. Die stadtplanerischen Details sollten hingegen im Stadtentwicklungsausschuss diskutiert werden.

III. Ausschussempfehlung

Der Kultur-, Kreativwirtschafts- und Medienausschuss bittet den Stadtentwicklungsausschuss, von seinen Beratungen Kenntnis zu nehmen.

Brigitta Martens, Berichterstattung